



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Finanz- und Wirtschaftslage Italiens

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Finanz- und Wirtschaftslage Italiens



Das Königreich Italien steht gegenwärtig vor einer Krisis, die sich seit Jahren langsam, aber stetig vorbereitet hat, und die augenblicklich mit eiserner Notwendigkeit zur Entscheidung drängt. Es ist die Frage, ob Italien ferner noch zu den Staaten gerechnet werden soll, deren Finanzwesen auf solider Grundlage ruht, und die sich mit Recht eines wohlwollenden Kredits im In- und Auslande erfreuen, oder ob es in die Klasse derer zu versetzen ist, bei denen der Staatsbankrott der einzig mögliche Ausweg ist. Früher war die letztgenannte Maßnahme unter den europäischen Staaten ein Privileg der Türkei, ihr allein räumte man eine solche finanzielle Mißwirtschaft ein, da man sie eben nicht als einen völlig gleichberechtigten Kulturstaat ansah. Seitdem aber das schlechte Beispiel amerikanischer Republiken, die mit Hilfe des ihnen in Europa unbeschränkt eröffneten Kredits ins Unendliche Schulden machten, neuerdings auch in Portugal und Griechenland Nachahmung gefunden hat, scheint man auch in Italien leichtern Herzens an das Nichteinhalten der übernommenen Verpflichtungen zu gehen.

Ob sich der italienische Staat früher oder später nach der einen oder andern Seite entscheidet, ist für uns Deutsche von doppeltem Interesse. Erstens hat die Frage einen politischen Hintergrund, da Italien Mitglied des Dreibunds ist; zweitens ist ein beträchtlicher Teil der italienischen Rente in den Händen unsrer Kapitalisten. Fast zwei Drittel davon sind im Auslande untergebracht. Während aber noch im Jahre 1892 Frankreich und Deutschland mit ziemlich gleichen Teilen (650 Millionen und 640 Millionen) beteiligt waren, hat sich in den letzten Monaten das Verhältnis zu Ungunsten Deutschlands verschoben. Die Pariser Börse hat sich dieses Papiers mehr und mehr entledigt, da sie es nicht mehr für vertrauenswürdig hielt, und hat bedeutende Bestände nach Italien und vor allem nach Deutschland abgestoßen.

Bei uns in Deutschland wurde leider die rein finanzielle Frage, ob die italienische Rente ein gutes Anlagepapier sei oder nicht, sofort mit der politischen verquickt. Es hieß: Italien ist unser Bundesgenosse, wir müssen ihm helfen, der Kampf, den die Pariser Spekulation gegen die Rente eröffnet hat, beruht lediglich auf politischen Gründen; wie früher durch den Zollkrieg, so soll jetzt durch die Baissepekulation den Italienern bewiesen werden, daß sie ohne Frankreich wirtschaftlich nichts vermögen. Wie aber im Kriege die verbündeten Staaten im Falle des Angriffs einander ihre Truppen zur Verfügung stellen, so sollen auch die finanziellen Mittel des einen dem andern zur Seite stehen, wenn er unverschuldet in Not gerät. Die schon bei den ersten Handelsverträgen ausgegebene Lehre von dem mitteleuropäischen Zollbund, der die politisch geeinten auch wirtschaftlich zusammenführen sollte, fand bei unsern großen Bankhäusern um so mehr Anklang, als es so wie so wenig genug zu spekuliren gab, da das Mißtrauen des Privatkapitals nach den zahllosen Schlappen der letzten Jahre schwer zu überwinden war. So kauften denn unsere großen Firmen die vom Pariser Markt abgestoßnen Rententitel auf, in der sichern Erwartung, über kurz oder lang dafür Käufer in ihrer Kundschaft zu finden.

Die Voraussetzung für dieses ganze Unternehmen war aber in erster Linie die, daß dem großen Publikum die wahre Lage der italienischen Finanzen verschleiert wurde. Wenn sich nun auch das ununterbrochne Sinken des Kurses nicht verheimlichen ließ, so galt das doch mehr als eine Folge der Böswilligkeit der Franzosen. In der That gelang es auch, den niedrigsten Stand der Rente (70,60) um etliche Prozent zu heben, die auch dann nicht wieder wegfielen, als sich die Nachrichten, auf die hin die Steigerung erfolgt war, als falsch erwiesen. Bei diesen Vertuschungsversuchen wurde die Börse von der deutschen Presse aufs kräftigste unterstützt; nur an sehr wenigen Stellen sickerte etwas über die ganz verfahrenen Verhältnisse in Italien durch. Vor Jahresfrist fand man eher noch ein ungünstiges Urteil, aber seitdem ist das ganz anders geworden. Wunderbar ist es, daß selbst das große Weltblatt am Rhein an dieser Schönfärberei teilnahm. Aus demselben Tintensasse floß dann neuerdings eine Broschüre: „Ein Blick auf die volkswirtschaftlichen Verhältnisse Italiens.“ (Stuttgart, Königliche Hofbuchdruckerei Zum Gutenberg, Carl Grüniger.) Auch sie suchte alles zum besten zu kehren. Italien ist, heißt es hier, in die gegenwärtige kritische Lage geraten teils infolge von Forderungen der Politik, teils infolge überhasteter Anspannung der Kräfte; aber es herrscht kein Zweifel, daß seine wirtschaftlichen Hilfsquellen zur Herstellung erprießlicher Zustände ausreichen, wenn sie nur gehörig entwickelt und benutzt werden. Italien verfügt auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch über Hilfsmittel genug, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, aber die Gefundung kann sich nur allmählich vollziehen.

Diese vielfach beliebte Lehre, Italien habe Hilfsmittel genug, aber man müsse ihm Zeit lassen, sie zu entwickeln, ist ja nun an sich human, sie kann aber doch dem Kapitalisten verhängnisvoll werden. Manches leichtgläubige Gemüt läßt sich damit von seinem Bankier beruhigen, behält seine Rententitel, um später einem noch traurigern Ergebnis gegenüberzustehen.

Wenn man die ganze Reihe der Jahresbudgets dieses jungen Staatswesens überfieht, so erheben sich doch schwere Bedenken. In den Jahren 1862 bis 1874 war das Defizit in dem italienischen Staatshaushalt chronisch. Der Unterschied zwischen wirklicher Einnahme und Ausgabe betrug 1862 446 Millionen Lire, 1866 infolge des Kriegs gar 721 Millionen. Bis 1870 hielt es sich dann auf der Höhe von mindestens 200 Millionen, sank dann rapid auf 13 Millionen im Jahre 1874 und ging dann 1885/86 in ein Plus von mehreren Millionen über. Dann aber kam wieder der Niedergang, das Defizit wurde wieder ständig, betrug im Jahre 1888/89 sogar 234 Millionen und wird für das kommende Etatsjahr 1894/95 von dem jetzigen Finanzminister Sonnino auf 177 Millionen angegeben. Dem entsprechend war auch die Steigerung der Staatsschuld. Sie betrug insgesamt (sowohl konsolidirte wie rückzahlbare, redimibile) 1862 3109 Millionen, 1870 bereits 7999 und stieg dann langsam aber stetig bis 1891 auf 11911 Millionen.

Dieses große Anwachsen der Staatsschuld wäre nun an und für sich nicht bedenklich, wenn ihm nur bedeutende Sicherheiten gegenüberstünden. Es ist nicht zu leugnen, daß das neu geeinte Italien unbedingt zur Übernahme schwerer Lasten gezwungen war, wenn es wirklich seinem Gebietsumfang entsprechend eine Rolle in der europäischen Politik spielen und nicht dazu verurteilt bleiben wollte, wie in frühern Jahrhunderten der Spielball der politischen Leidenschaften andrer Mächte zu sein. In der That hat Italien während der letzten dreißig Jahre geradezu außerordentliches geleistet. In allen Staaten, die sich unter das Szepter des Hauses Savoyen stellten, war die innere Ordnung der Verhältnisse mehr oder weniger zurückgeblieben. Für das Heer und gar die Marine war gar nichts gethan worden. Mit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht galt es, das notwendige Betriebsmaterial zu beschaffen. Was andre Staaten langsam im Verlaufe vieler Jahrzehnte vor sich gebracht hatten, mußte hier auf einmal schnell ins Werk gesetzt werden. Gewaltige Bauten an Kasernen, Arsenalen u. a. wuchsen fast wie Pilze aus der Erde. Die Flotte wurde so reichlich bedacht, daß sich Italien heute rühmen kann, die größten Kriegsschiffe der Welt zu haben. Auch in der Zivilverwaltung wurden zahllose Neuerungen eingeführt, die mit mehr oder weniger bedeutenden Geldopfern verknüpft waren. Das öffentliche Sicherheitswesen erlangte binnen kurzem ein solches Ansehen, daß es nur hie oder da noch eine Gegend gab, wo der Fremdling nicht ungehindert und unbelästigt wandern konnte. Dabei wurde dem öffentlichen Verkehrswesen hervorragende Aufmerksamkeit gewidmet. Im Jahre 1860 gab es

2189 Kilometer Eisenbahnen, im Jahre 1893 13453 Kilometer. Damit steht Italien unter den europäischen Staaten an neunter Stelle. Während im deutschen Reiche auf 10000 Quadratkilometer 859 Kilometer Eisenbahnen fallen, hat Italien auf gleichem Flächenraum 469 Kilometer. Hand in Hand mit der Hebung des Verkehrs ging auch die dem Staate obliegende Vergrößerung des Post- und Telegraphenwesens. Auch hierfür mußten Mittel aufgebracht werden, denn da das Postwesen unter einer weniger gut geschulzten Verwaltung steht, ergaben sich nicht so bedeutende Überschüsse.

Aber diesen Aufwänden gegenüber muß man sich doch fragen: Ist Italien so reich, daß es sich einen solchen Luxus gestatten durfte? und: Wie rentiren die angelegten Werte? Zunächst ist im Verlaufe der Jahre das Staatsvermögen fort und fort zurückgegangen, und zu seiner Verbesserung ist herzlich wenig geschehen. Auch das veranlagte Staatsvermögen brachte einen sehr geringen Ertrag. Am 30. Juni 1890 warfen 6819 Millionen Lire Staatsvermögen nur 88 Millionen ab, was eine Verzinsung von 1,29 Prozent beträgt. Schuld hieran sind namentlich die Eisenbahnen, die viel zu hoch zu Buche stehen.

Gegenwärtig ist die Staatsschuldenlast auf einer solchen Höhe angelangt, daß sie kaum noch eine Steigerung zuläßt. Während im Jahre 1888 Preußen 13,91 Prozent, Österreich 24,79 Prozent zur Tilgung ihrer Schulden aufzuwenden hatten, mußte Italien 35,86 Prozent seiner gesamten Staatseinnahmen dafür zurückzustellen. Es überragt damit alle andern europäischen Staaten (abgesehen von den notorischen Bankrotteuren, wie der Türkei, Portugal und Griechenland). Jede Vermehrung der Staatsschuld würde also eine Verschlechterung des Budgets bedeuten und damit den Staatskredit herunterdrücken. Dennoch scheut man sich in Italien nicht, gegenwärtig an neue Anleihen zum Ausbau des Eisenbahnnetzes zu denken!

Die Betrachtung des italienischen Einnahmehudgets in seinen einzelnen Posten ist für die Beurteilung der Finanzlage des Landes nicht minder lehrreich. Die hauptsächlichste Einnahmequelle haben immer die Verbrauchsabgaben (Fabrikationssteuer, Zölle, Salz- und Tabakmonopol) gebildet. Im Jahre 1866 wurden 468,7 Millionen eingenommen, davon bestanden 237,9 Millionen aus Verbrauchsabgaben, 73,9 Millionen aus Abgaben von Rechtsgeschäften, 92,9 Millionen aus Grundsteuer, 32,5 Millionen aus Gebäudesteuer und 31,5 Millionen aus Einkommensteuer. Im Verlaufe der Jahrzehnte ist dann wohl die Einkommensteuer mehr ausgebildet und gesteigert worden, sodaß sie im Etatsjahre 1888/89 230,7 Millionen, ungefähr ein Sechstel der Gesamteinnahme ausmachte, aber leider wurden auch die andern Steuern dementsprechend in die Höhe geschraubt. Die Grundsteuer stieg zwar nur auf 106,3 Millionen, die Gebäudesteuer aber auf 70,2 Millionen, die Abgaben aus Rechtsgeschäften auf 220,8 Millionen und die Verbrauchsabgaben gar auf 627,7 Millionen. Damit sind die indirekten Steuern auf eine ganz unerträgliche Höhe gebracht.

Nach den für Deutschland geltenden Begriffen können wir uns kaum eine Vorstellung von der Belastung des Verkehrs- und Geschäftslebens durch die Abgaben in Italien machen. Fast jedes Geschäft kostet einen Stempel. Die Quittungssteuer ist noch das kleinste Übel, aber der Verbrauch von Stempelpapier ist außerordentlich hoch, denn jede schriftliche Abmachung, die nur den Schein eines Vertrags an sich hat, muß auf Stempelpapier geschrieben und eingetragen sein, widrigenfalls sie keine Gültigkeit hat und nicht eingeklagt werden kann. Der Kaufmann muß jede Seite seines Hauptbuchs mit Stempelmarken besetzen, deren Höhe nach dem Durchschnitt abgeschätzt wird. Keine Ankündigung oder Anpreisung in einem Schaufenster, kein öffentlicher Aushang, und sei es selbst der Hinweis, daß hier ein möbliertes Zimmer zu vermieten ist, darf sich an der Öffentlichkeit ohne Stempelmarke zeigen! Jedes Billet, das sich der Reisende löst, jede Bescheinigung über aufgegebenes Gepäck oder aufgegebenes Güter unterliegt dem Stempel. Es giebt Geschäftsleute, die unter diesen Verhältnissen mit Recht behaupten, mehr als ein Drittel ihres Verdienstes für Steuern an den Staat und die Gemeinde aufwenden zu müssen. Denn auch die Gemeinde bestreitet ihre Ausgaben hauptsächlich vom Oktroi.

Die indirekten Steuern belasten aber natürlich mehr die schwächern und schwächsten Schultern, die täglichen Lebensmittel werden durch das hohe Salzmonopol und die Mahlsteuer verteuert. Das Salz mittlerer Qualität hat einen Preis von dreißig Centesimi für das Pfund, bei uns kostet es zehn Pfennige. Ebenso drückend ist die Verteuerung des Petroleums durch einen bedeutenden Eingangszoll, der höher als der Preis des Petroleums selbst ist, sodaß im einzelnen ein Liter Petroleum nicht unter sechzig Centesimi zu haben ist.

Dem gegenüber haben sich nun einsichtige Beurteiler der Finanzlage Italiens immer wieder dahin ausgesprochen, daß eine Heilung der Schäden nur dann möglich sei, wenn sich Italien zu einer gründlichen Reform seines Steuerwesens, namentlich der Einführung einer progressiven, die Lasten gerecht verteilenden Einkommensteuer entschließt. Denn leider ist es Thatsache, daß bei dem gegenwärtig herrschenden System viele große Vermögen nur in geringem Maße belastet sind. Aber der Egoismus der besitzenden Klassen ist so groß, daß jeder Vorschlag in dieser Richtung sofort böses Blut erregen und jedem Ministerium die Mehrheit abspenstig machen würde. So hat sich denn auch der Finanzminister des neuen Ministeriums Crispi, Sonnino, ebenso wenig wie seine Vorgänger an die Lösung dieser Frage gewagt, wenn er auch sonst in der Beurteilung der Finanzlage des Landes offener gewesen ist, als man es in Italien liebt. Sonnino kann jedenfalls das nicht zu unterschätzende Verdienst für sich in Anspruch nehmen, den Italienern einmal unverblümt ihre Mißere vor Augen geführt zu haben. Am meisten ernüchternd hat dabei wohl die Mitteilung gewirkt, daß die frühere Beseitigung des Defizits nur scheinbar gewesen sei. In der Berechnung des Defizits für das

neue Budgetjahr 1894/95 griff er dann lieber etwas zu hoch als zu niedrig, er bemaß es auf 177 Millionen. Die Deckung sollte nicht durch eine Anleihe, sondern durch Ersparnisse und Steuererhöhungen erfolgen, und zwar

Ersparnisse . . . . .	27 Millionen
Erhöhung der Steuer auf Einkommen aus Kapitalbesitz (Kuponsteuer u. a.) . . . . .	43 "
Sonstige Steuererhöhungen . . . . .	47 "
Neue Einkommensteuer . . . . .	10 "
Prägegeinn und sonstige einmalige Einnahmen . . . . .	28 "

155 Millionen

Die dann noch fehlenden 22 Millionen sollten aus dem Überschuß in der Kapitalbewegung ihre Deckung finden.

Von diesen Vorschlägen wirkte am meisten verblüffend die vorgeschlagene Erhöhung der Einkommensteuer von 13,20 Prozent auf 20 Prozent. Sie traf auch die Rentenbesitzer. Sonnino hatte über seine Reformvorschläge von seinen Kollegen im Ministerium strengstes Stillschweigen verlangt. Obwohl dies auch nach Kräften gewahrt wurde, war doch hier oder da etwas davon laut geworden, an der Pariser Börse wußte man von diesem Plane, und sofort trat ein Niedergang des Kurses ein. In Deutschland suchte man die italienischen Gläubiger damit zu begütigen, daß man die Nachricht verbreitete, die auswärtigen Besitzer italienischer Rente sollten von dieser Maßregel verschont bleiben. Dies schien um so glaublicher, als bereits zu Beginn dieses Jahres durch die Einführung des „Affidavits“ eine Scheidung der Rente in in- und ausländischen Besitz eingetreten war. Denn nur den nachweislich im Auslande befindlichen Rententiteln wurde die Einklösung des Kupons in Gold zugestanden. Bei dem immer höher steigenden Goldagio hätte man diese Maßregel der italienischen Regierung entschuldigen können, wenn sie nicht eine ganz unnütze Belästigung der ausländischen Gläubiger gewesen wäre. Es waren ja aber auch schon vorher Maßnahmen ergriffen worden, die ein Abströmen der Kupons ins Ausland verhindern sollten. Die wichtigste darunter war, daß die Kupons bereits mehrere Monate vor ihrer Gültigkeit von den Staatskassen als Zahlung angenommen wurden. Da nun Abgaben immer in Silber oder Gold verlangt wurden, so galten die Kupons als ein willkommenes Zahlungsmittel.

Das häßlichste Odium aber lud die italienische Regierung dadurch auf sich, daß sie offiziös in dieser Zeit ein falsches Spiel trieb. In Deutschland waren die Besitzer der Rente durch den abermals bevorstehenden Abzug an ihrer Zinsnießung sehr in Sorge. Unser Auswärtiges Amt fragte daher bei der italienischen Regierung an, wie es mit der Sache stünde, und erhielt die Antwort, man dächte nicht daran, das Renteneinkommen der ausländischen Besitzer zu verkürzen. Infolgedessen hob sich Mitte Februar schnell der Kurs der Rente um mehrere Prozent, aber am 20. Februar verkündigte Sonnino der erstaunten Welt seine Finanzreform. Die Erhöhung der Kuponsteuer

kleidete er allerdings in eine zukünftige Konvertirung ein, indem er die Umwandlung der fünfprozentigen Rente in eine vierprozentige, aber garantiert steuerfreie ankündigte. Was aber von solchen Garantien zu halten ist, weiß jeder Eingeweihte. Es hat ja auch eine Zeit gegeben, wo man die Rente in der feierlichsten Weise für steuerfrei erklärte. Im Jahre 1861 ist ein Gesetz erlassen und bis jetzt noch nicht aufgehoben worden, wonach jede Besteuerung der Rente unzulässig ist. Artikel 3 lautet: „Die in das große Buch eingetragene Rente ist zu keiner Zeit und aus keiner Ursache, auch nicht für die öffentliche Notwendigkeit, einer besondern Besteuerung zu unterwerfen, und die Zahlung kann in keinem Falle und aus keiner Ursache, auch nicht für die öffentliche Notwendigkeit, vermindert oder verzögert werden.“ Ergänzend tritt hierzu Artikel 4: „Bei Aufstellung des Staatshaushalts für jedes Jahr ist die erste Überweisung für die Zahlung auf die Rente zu machen, aus der die öffentliche Staatsschuld besteht.“ Man sieht, daß auch in Italien gesetzliche Bestimmungen nur dazu getroffen werden, auf dem Papier zu stehen. Für die Gläubiger des italienischen Staats sind das recht nette Ausichten!

Ist durch dieses neue Finanzprogramm Sonninos schon genügendes Mißtrauen in die Reihen der ausländischen Rentenbesitzer getragen, so wird es dadurch noch erhöht, daß sich nach dem Bekanntwerden der geplanten Reformen angesehene Römische Blätter nicht schämten, eine weitere Erhöhung der Kuponsteuer auf 30 Prozent in Vorschlag zu bringen. Man folgerte so. Wenn die Finanzlage unsers Staats wirklich so schlecht ist, so wollen wir ihr doch gleich gründlich aufhelfen, und da wir uns selbst keine neuen Steuern aufbürden können, so ist uns die erhöhte Rentensteuer gerade recht, weil sie ja zum größern Teil vom Auslande getragen wird.

Nun ist es an sich schon eine Ungerechtigkeit, daß jemand zur Erhaltung eines Staatswesens etwas beitragen soll, zu dem er in keiner andern Beziehung steht, als daß er ihm Geld geborgt hat. Eine solche Kuponsteuer ist doch nichts andres als eine verkappte Verkürzung des Zinsfußes. In geordneten Staatswesen aber schreitet man zu einer Konvertirung der Staatsschuld nur dann, wenn die Finanzverhältnisse vorzüglich geordnet sind, und es jederzeit möglich ist, Geld zu schaffen. Der Staatskredit ist dann so vorzüglich, daß jeder Kapitalist gern gegen geringen Prozentsatz Gläubiger wird. Wenn dagegen ein Staatswesen wie Italien bei fortgesetzter Verschlechterung seines Jahresbudgets zu einer solchen Maßregel greift, so ist das weiter nichts als eine Bankrotterklärung des Staates. In diesem Falle kann und muß der Gläubiger den Nachweis verlangen, daß der Staat wirklich keine andern Mittel und Wege mehr besitzt, seinen früher eingegangnen Verpflichtungen nachzukommen. Hierzu hat sich aber der Finanzminister Sonnino bis jetzt noch nicht veranlaßt gesehen, er hat nur das Defizit und die finanzielle Mißwirtschaft offen aufgedeckt und daran ein einfaches Non possumus geschlossen.

Die parlamentarische Kommission, der Sonninos Pläne zur Begutachtung vorlagen, hat denn auch kurz vor Ostern die Erhöhung der Kuponsteuer in der vorgeschlagenen Weise verworfen, sie will sie nur von 13,2 Prozent auf 14 Prozent abrunden. Allein, ob sie sich wirklich nur von dem Gesichtspunkte hat leiten lassen, daß jede stärkere Belastung der Rentenbesitzer nur eine Schädigung des Staatskredits hervorrufen würde, ist doch nicht über allen Zweifel erhaben. Thatsache ist nur, daß die Zusammensetzung der Kommission für Sonnino durchweg ungünstig ist. Fast einstimmig ist der Abgeordnete Bacchelli zum Berichterstatter gewählt worden. Dieser ist sozusagen der Vorgänger Sonninos, da er in dem Kabinet Zanardelli, das nach Giolittis Sturz nicht zu stande kam, die Finanzen übernehmen sollte. Er und der größte Teil der Kommission scheuen vor wirklich einschneidenden Reformen zurück, dies zeigt deutlich der Gegenvorschlag, den sie ausgearbeitet haben. Dieser beruht auf dem alten Grundsatz der Vertuschung. Das Defizit im Etat 1894/95 beträgt nach ihrer Berechnung nur hundert Millionen Lire. Diese Berechnung haben sie dadurch zu stande gebracht, daß sie die von Sonnino unter die Ausgaben gesetzten 78 Millionen für Eisenbahnbauten durch eine Anleihe aufbringen wollen. Von den vorgeschlagenen neuen Steuern Sonninos genehmigt die Kommission die Erhöhung der Salz-, Spiritus- und Getreidesteuer. Auch der Steigerung der Erbschafts- und Gebäudesteuer um ein Zehntel ist sie nicht abgeneigt. Dagegen will sie an notwendigen Ersparnissen statt 27 Millionen 50 Millionen erreichen. 20 Millionen sollen am Militär-etat und 3 Millionen an den Beamtengehalten abgestrichen werden.

Mit diesem Vorschlage hat die Kommission in der That die zweite Maßnahme ergriffen, durch die neben einer durchgreifenden Einkommensteuer den italienischen Staatsfinanzen aufgeholfen werden kann, strengste Sparsamkeit. Auch von französischer Seite ist man nicht müde geworden, die Italiener immer wieder darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich namentlich in dem letzten Jahrzehnt zu große Lasten aufgebürdet hätten, daß vor allem der große Aufwand für Heer und Flotte über Italiens Kräfte hinausgehe. Freilich ist es nicht schwer, den Hintergedanken des guten Ratsschlages herauszufinden, es ist der Wunsch, den verhassten Dreibund zu schädigen. Gewiß sind die Aufwendungen für Militärausgaben in Italien sehr hoch, aber sie übersteigen doch nicht alles Maß. Während sie im deutschen Reiche für das Jahr 1888 15,67 Prozent der Gesamtausgabe bildeten, nahmen sie in Italien 21,25 Prozent in Anspruch. Aber andre europäische Staaten spannen ihre Kräfte für das Heer und die Marine noch stärker an. Frankreich giebt 24,42 Prozent, Rußland 27,92 Prozent und England gar 34,42 Prozent der Gesamtausgabe dafür aus. Hiernach wird man die Militärlast Italiens keineswegs als unerschwinglich hinstellen können; eine größere Einschränkung dieses Ausgabentitels, der sonst von allen andern europäischen Staaten gesteigert wird,

würde eine bedeutende Verringerung des politischen Ansehns zur Folge haben. Dazu ist die italienische Nation doch zu stolz.

Es giebt genug andre Titel, wo eine strengere Sparsamkeit angebracht wäre. Zunächst muß die Staatsverwaltung billiger werden, die Zahl der unnützen Beamten ist groß, und dadurch sind auch die Pensionsansprüche auf eine unnatürliche Höhe gewachsen. Ferner müssen die kostspieligen Eisenbahnbauten, die doch so schlecht rentiren, aufhören. Die Zahl der Universitäten muß beschränkt, die Universitäten müssen zusammengelegt werden. Die beiden letztgenannten Vorschläge würden freilich gewaltigen Lärm erregen. Man ist in den Wählerkreisen kurzsichtig genug, von jedem Abgeordneten nur die Förderung der Interessen des kleinen Wahlkreises zu verlangen. Jeder Landbote wird nach Rom geschickt mit so und so viel Forderungen für Eisenbahnen. Man fragt nicht, ob die Strecke rentabel sein wird oder nicht, der bloße Wunsch soll entscheidend sein.

Wenn es richtig ist, daß Sonnino von seinem Finanzprogramm nichts nachlassen will und das Cabinet Crispi sich damit einverstanden erklärt, so bleiben bei einem ablehnenden Votum der Kammer nur zwei Wege: entweder die Kammer oder das Ministerium geht. Allem Anschein nach bereitet Crispi eine Auflösung des Parlaments vor. Würde nun in der neuen Wahlkampagne wirklich eine Partei den Mut haben, mit den beiden allein als ersprießlich bezeichneten Maßregeln, progressive Einkommensteuer nach deutschem Muster und Ersparnisse in der Verwaltung, vorzugehen, so würde sie dafür bei den Wählern auf keinen Fall Verständnis finden. Denn diese haben alle kleinliche Sonderinteressen, und gerade die finanziell leistungsfähigen Kreise wollen keine Opfer bringen. Lieber läßt es man es drunter und drüber gehen und sucht sich zu trösten.

Dem Rentenbesitzer wird dabei immer schwüler zu Mute werden. Wenn er auch bei der in Aussicht gestellten Konvertirung überzeugt werden soll, daß sich bei dem gegenwärtigen Kursstande der Rente (76) sein Kapital sehr gut zu 5 Prozent verzins, so glaubt er doch nicht recht daran. Die Mehrzahl der deutschen Besitzer italienischer Rente hat das Papier seiner Zeit zu einem viel höhern Kurse erworben und begnügte sich mit den nach dem Abzug der Kuponssteuer bleibenden Reste einer Zinshöhe von 4,3 Prozent, weil eben die Anlage als sicher galt. Noch 1891 schwankte der Kurs der Rente an der Pariser Börse in den ersten sechs Monaten zwischen 95,50 und 91,00, in frühern Jahren war er durchweg höher, 1886 sogar immer über Pari. In der zweiten Hälfte des Jahres 1891 begann der Rückgang, man notirte an der Pariser Börse bereits 87. Während des Jahres 1892 blieb die Rente in den achtzig, sank dann in die siebzig, die bei uns wenig vertretne amortisierbare Rente sogar in die sechzig. Der Beginn des Jahres 1894 brachte dann die niedrigsten Kursstände, von denen sich das Papier bis jetzt nur wenig

Grenzböten II 1894

erholt hat. Die Rente ist also binnen wenigen Jahren um mehr als 20 Prozent gesunken, die Besitzer sind um mehr als ein Fünftel ihres Vermögens geschädigt, und die in Aussicht gestellte Konvertirung wird schwerlich imstande sein, den Kurs der Rente zu heben, wenn die Staatsfinanzen nicht ganz anders konsolidirt werden.

Diesen Kursrückgang hauptsächlich auf die großen Rentenverkäufe der Pariser Börse zu schieben, geht nicht an. Wenn auch hier unverkennbar eine andauernde Baissespekulation vorhanden war, so wäre doch das Sinken des Kurses hierdurch allein nicht veranlaßt worden, da ja die deutsche Kontremine kräftig eingriff. Zugleich mit der Rente sank der Wechselkurs auf italienische Plätze, stieg das Goldagio an den italienischen Börsen. Die schlechte Beschaffenheit der Geldverhältnisse war also ein Hauptgrund für den Rückgang des Staatskredits. Schon im Jahre 1892 betrug das Goldagio 7 bis 8 Prozent, und gegenwärtig beträgt es 14 bis 15 Prozent. Bis 1891 war für Gold kein nennenswertes Aufgeld gezahlt worden. Nun ist man ja in den Kreisen, die auf eine Beruhigung der Rentenbesitzer hinarbeiten, nicht um ein Schönfärbemittel verlegen gewesen. Man erklärte das Abströmen des Goldes einfach damit, daß Italien viel Zahlungen an das Ausland, namentlich für die Einlösung der Rentenkupons, die in Gold erfolgen müsse, zu machen hätte. Aber dieser Grund ist nicht stichhaltig, denn in frühern Jahren waren die Zahlungen ebenso groß, und man kannte kein Agio. Ein Sinken des Agios ist für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Im Hinblick darauf, daß die Einfuhr immer mehr zurückgeht (im Monat Februar allein sind die Zolleinnahmen um 1,9 Millionen, in dem gesamten laufenden Rechnungsjahr um 14,4 Millionen gegen das Vorjahr zurückgegangen), hätte man zwar ein Sinken des Agios erwarten sollen, da auch der Seidenhandel jetzt seine Forderungen, die er an das Ausland hat, bar empfängt. Aber für die bedeutenden Summen, die hier einströmen, wird der Staat sofort Käufer sein müssen, um sich für die Einlösung des Juli-kupons die Mittel zu sichern.

Die Geldmisere ist seit mehr als Jahresfrist zu einer kaum glaublichen Höhe gestiegen. Im täglichen Geschäftsverkehr sieht man an Münze nur die dicken Soldostücke zu zehn und fünf Centesimi. Es ist etwas ganz gewöhnliches, daß man bei einem kleinen Einkaufe nur Kupfer herausbekommt. In den Geschäften hat man sich schon Rollen von ein und zwei Franken gemacht. Silbergeld ist selten, hat sogar auch schon sein Agio. Fünflirestücke sieht man im Verkehr gar nicht, sie werden dem Gold gleich geachtet und von den Bankiers für Zahlungen an die Post und an den Staat gesammelt. Von den Zweilirestücken, die im Umlaufe sind, ist mindestens die Hälfte falsch, elende Nachwerke aus Blei. Auch sonst fehlt es nicht an falschen Münzen, selbst Zehncentesimistücke werden nachgeahmt. Daneben ist unter dem kleinen Silbergeld allerhand ausländisches Zeug, wie Rumänier, Griechen, Spanier zu finden,

die ohne weiteres im Kleinverkehr mit durchgehen. Aber auch unter dem Kupfergeld zeigen sich die fremden Gesichter, sogar Argentinier, die zuweilen wohl zurückgewiesen, vielfach aber im Drange der Geschäfte mitgeschleppt werden.

Handel und Wandel wird natürlich dadurch schwer belastet, und es ist ein Beweis der italienischen Kurzsichtigkeit, daß selbst die Geschäftswelt eher zur Verschlechterung als zur Verbesserung des Geldmarktes beiträgt. Man sammelt mühsam Silbermünzen, selbst Halblivestücke, um mit ihnen Zahlungen in der Schweiz oder Frankreich zu leisten, und spart zwar so das Goldagio, schafft aber das Silbergeld aus dem Lande. Andre sammeln Silbergeld rein zu Spekulationszwecken, um jenseits der Grenze billig italienische Noten zu kaufen. Das Volk steht diesem Treiben gleichgiltig gegenüber, c'è il commercio del danaro erhält man wohl als Antwort, wenn man diese Zustände kritisiert.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die Höhe des umlaufenden Kupfergeldes, 76 200 000 Lire, ganz ungewöhnlich ist. Es ergiebt das auf den Kopf der Bevölkerung 3 Lire, während Frankreich 1,50 Franken, wir in Deutschland noch weniger haben.

Nun fragt man sich: was thut denn eigentlich die Regierung zur Beseitigung dieses offenkundigen Schadens? Nun, an der Grenze und im Grenzverkehr wird zwar scharf darüber gewacht, daß keine größeren Summen in barem Geld außer Landes gehen, aber damit ist auch alles gethan, denn die übrigen Maßregeln sind verfehlt und verschlechtern die Lage noch mehr. Zunächst ist die Prägung von zehn Millionen Kupfergeld und zwanzig Millionen Nickelgeld beschlossen. Damit wird Italien noch schlechtere Münzverhältnisse haben als Spanien, wo nur 3,50 Franks dieser unterwertigen Scheidemünze auf den Kopf kommen. Ferner hat man die Papierpresse wieder tüchtig in Bewegung gesetzt. Während es nach der Aufhebung des Zwangskurses keine kleinere als Fünflivrenoten gab, sind jetzt wieder 27 Millionen Lirebilletts vom Staate ausgegeben worden, denen im nächsten Monat noch 70 Millionen Zweilirebilletts folgen sollen. Damit ist eine Zettelwirtschaft etabliert, wie sie kaum schlimmer in der Zeit des Zwangskurses war. Im Verkehr wird man zukünftig nur Papier, Kupfer- und Nickelmünzen sehen. Kann eine solche Geldwirtschaft den Besitzer der Rente anlocken, soll sie ihm etwa eine Bürgschaft für die Leistungsfähigkeit des Staats sein?

Als noch verkehrter und für den Staatskredit gefahrbringender muß eine andre Maßregel der Regierung angesehen werden. Man hat daran gedacht, die lateinische Münzkonvention zu kündigen, da man diesem Vertrage die Schuld an dem Hinausströmen des Silbergeldes zumißt. Ungefähr 500 Millionen Lire italienisches Silbergeld befinden sich in Frankreich und der Schweiz, ein bedeutender Teil davon müßte vertragsmäßig in Gold zurückgekauft werden.

Es wären etwa 350 Millionen. Dies ergab sich als unmöglich. Infolgedessen suchte man mit Frankreich wegen des Rückströmens der kleinen Silbermünze in Unterhandlung zu treten und hatte damit auch Erfolg. Aber der Staat muß auch dazu unbedingt Gold haben. Um dies möglichst billig zu beschaffen, kam man auf folgendes Auskunftsmittel. Die Banken sollen von ihrem gesetzmäßig feststehenden Golddepot, das sich nach der Höhe des Notenumlaufs richtet, an den Staat 200 Millionen abliefern und hierfür Staatsnoten hinterlegen, die nicht in Umlauf gesetzt werden dürfen. Nun hatten die drei großen italienischen Banken kürzlich auch 413 Millionen Gold in Depot, in Zukunft werden es noch 213 Millionen sein, und diese sollen dann die Garantie bilden für folgenden Notenumlauf:

Banca d'Italia . . .	932	Millionen Lire
Banca di Napoli . . .	258	" "
Banca di Sicilia . . .	64	" "
	<hr/>	
	1254	Millionen Lire.

Ob die schon an sich auf schwachen Füßen stehenden Banken eine derartige Kürzung des Goldbestandes vertragen können, ist mehr als zweifelhaft. Es würde zu weit führen, die traurige Beschaffenheit des italienischen Bankwesens hier im einzelnen nachzuweisen. Der Zusammenbruch des Credito mobiliare und der Banca Generale hat es zur Genüge gezeigt. Auch hier hat das deutsche Kapital eingreifen wollen, es sollte mit deutschem Gelde ein großes neues Bankinstitut gegründet werden. In den letzten Wochen war viel davon die Rede, aber man scheint nicht zum Schluß gekommen zu sein.

Wohin man also den Blick richtet, zeigen sich verfallene Zustände. Man rühmt so gern die reichen Schätze, über die das Land verfügt, es bedürfe nur der geschickten Hand, um sie zu heben. Besonders gern stellt man den Ackerbau als zukunftsverheißend hin, aber auch er ruft nach dem Schutz Zoll, der gegenwärtig auf sieben Lire erhöht werden soll, um die fremde Einfuhr zurückzudämmen. Auch in der Landwirtschaft ergiebt sich ein trauriges Bild, das Pachtssystem ist völlig veraltet. Während der Besitzer gemächlich in Rom oder Neapel seine Rente verzehrt, schindet der Pächter die Unterpächter. Auch hier sind durchweg die schwächsten Schultern am stärksten belastet. Eine andre wichtige Einnahmequelle des Landes ist der Seidenbau, aber der Wechsel der Mode in den letzten Jahren hat einen großen Rückgang gebracht. Die Ausfuhr nach Nordamerika hat bedeutend nachgelassen. Auch noch eine andre italienische Ware ist in der Ausfuhr gewaltig zurückgegangen, die Korallenarbeiten. Während im Jahre 1883 für 69 Millionen Lire ausgeführt wurden, kann jetzt kaum ein Fünftel davon im Auslande abgesetzt werden. Gegenüber so bedeutenden Einbußen will es wenig bedeuten, wenn infolge des mit Deutschland geschlossenen Handelsvertrags einzelne Ausfuhrartikel eine Steigerung erfahren haben.

Das Facit unsrer Betrachtung der Finanz- und Wirtschaftslage Italiens lautet also ungefähr so, wie es schon vor dreißig Jahren N. Moser in seinem Buche: „Die Kapitalanlage in Wertpapieren der Staaten, Kreditvereine und Aktiengesellschaften des In- und Auslandes“ (Stuttgart, 1862) ausgesprochen hat. „Ein Kind der neusten Revolution gekrönter Häupter, schreibt er, ist das Königreich Italien weder nach außen noch nach innen befestigt, noch auch am Ziele seiner Vergrößerungspläne angelangt; vielmehr wird es durch innere Naturnotwendigkeit fort und fort noch angetrieben, sich entweder zu vervollständigen oder selbst zu vernichten. Eines von beiden, einen Mittelweg giebt es nicht. In dem großen Kampfe, der zur Vollendung des Begonnenen noch unausbleiblich bevorsteht, wird das junge Reich seine Existenz wiederholt aufs Spiel zu setzen haben, und wenn es je zum Ziele gelangt, so werden die Opfer so groß gewesen sein, daß das Ende des Kampfes zugleich der Anfang des finanziellen Bankrotts sein wird. Bei dieser Lage der Dinge mag es fraglich erscheinen, ob es sich rechtfertigt, ein so unfertiges Staatsgebilde als ein Ganzes darzustellen. Wir haben es jedoch nur mit dem thatsächlich Bestehenden zu thun, und die äußerliche Vereinigung der meisten vormaligen italienischen Staaten zu einem Königreich Italien ist zur Thatsache geworden.“ Die Prophezeiung Mosers ist ihrem Eintreffen nahe. Italien hat mit seinen letzten Finanzmaßregeln bereits die Klinke in die Hand genommen, die den Weg zum Staatsbankrott öffnet. Nur noch ein kleiner Druck, und es ist geschehen. Die Valuta wird fortgesetzt entwertet, weitere Gefahren drohen noch, wenn Italien, getrennt von der lateinischen Münzkonvention, allein mit seiner doch eigentlich nur auf Silber beruhenden Währung einerschwimmt. Dann wird es auch noch die Nachteile auszukosten haben, die der schon seit Jahren sinkende Silberpreis über andre Länder gebracht hat. Die italienische Rente ist jedenfalls kein Papier mehr, das den Anspruch darauf erheben kann, als Anlagepapier für Rentiers zu gelten, die ruhig schlafen wollen. Nur durchgreifende Reformen, vor allem die Einführung der progressiven Einkommensteuer, werden den Kredit des Landes wieder einigermaßen zu Ansehen bringen können.

